

AGENDA

WWW.TAGESSPIEGEL.DE/AGENDA

SEITE 11

DIENSTAG, 9. SEPTEMBER 2015

Wo stehen Sie? Markieren Sie Ihre Position auf www.tagesspiegel.de/Pressekompass



DER PRESSEKOMPASS

CDU vs. CSU: Schwesternstreit um die Maut. Ein Überblick über die spannendsten Kommentare.

So positionieren sich die Medien bei den Fragen: Werden Verkehrsminister Alexander Dobrindts Pläne zum Debakel für die CSU? Wie wichtig ist generell die Diskussion um eine Strafenabgabe?

Ein SATZ

Der Tagesspiegel fragt – und Korrespondenten antworten

Ganz links?

In Thüringen könnte am kommenden Wochenende erstmals ein Linker Ministerpräsident werden. Welche Folgen hätte das für die politische Landschaft in Deutschland?



Donata Riedel Handelsblatt

„Keine. Außerhalb Thüringens fehlt der Linken ein zweiter Realist wie Ramelow.“



Marc Brost Die Zeit

„Es dürfte in jedem Fall munter werden. Denn mit dem größten Erfolg der Linken wird auch ihre politische Entzauberung beginnen.“



Ulrich Grillo, BDI

„Steigt die SPD als Junior bei einer Regionalpartei ein, wird ihr Anspruch, große Volkspartei zu sein, langsam lächerlich.“

Nikolaus Blome Der Spiegel



Anja Maler TAZ – die Tageszeitung

„Realo Bodo Ramelow wurde für die Linke Regierungsverantwortung durchbuchstabiert. Und er beschert Union und SPD im nächsten Bundestagswahlkampf endlich wieder einen Reibungspunkt.“



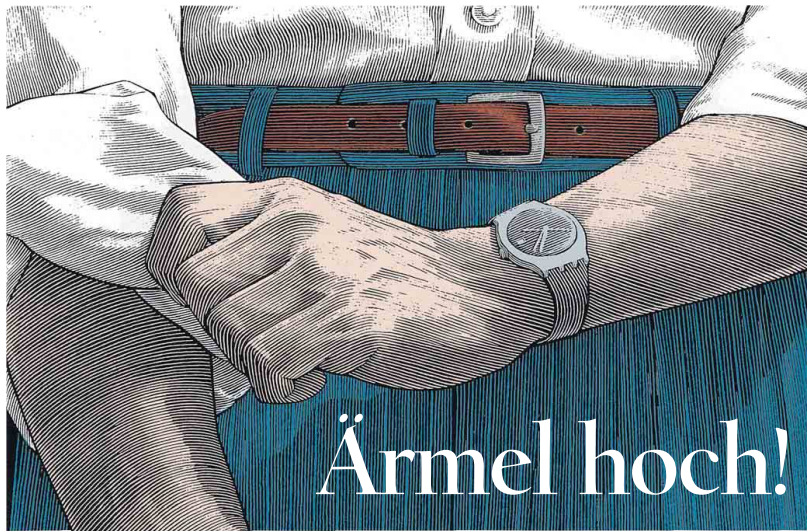
Günter Bannas Frankfurter Allgemeine Zeitung

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelohr, als dass die erste rot-rot-grüne Landesregierung von der Linkspartei geführt wird.“



Werner Kolhoff Saarbrücker Zeitung

„Keine, denn Wagenknecht ist nicht Ramelow und die Bundes-Linke noch lange nicht regierungsfähig.“



Regierung und Bundestag beenden die Sommerpause. Was jetzt getan werden muss: Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur formulieren ihre Erwartungen an die große Koalition

Die jüngsten Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung zeigen eine deutliche Konjunktur-entwärtung. Hauptursache ist die zunehmende Verunsicherung der Unternehmen. Deshalb ist es wichtig, durch umsichtige Politik schnellstmöglich Vertrauen und Zuversicht der Unternehmen zu stärken. Dazu zählen zukunftsorientierte Weichenstellungen für das Gelingen der Energiewende, für mehr private und öffentliche Investitionen sowie für eine innovationsorientierte und wettbewerbsfähige Digitale Agenda. Das Augenmerk der Regierung muss eindeutig der Stärkung der Wachstumsdynamik gelten. Gleichzeitig darf es auf keinen Fall weitere Kostenbelastungen und Regulierungen der Unternehmen geben.

Frank Bsirske, Verdi

Trotz Mindestlohns muss der Kampf gegen prekäre Beschäftigung fortgesetzt werden, durch Eindämmung von Missbrauch bei Werkverträgen, Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen. Wir brauchen dringend eine Rentenreform, die Altersarmut unter anderem durch Stabilisierung des Rentenalters wirksam bekämpft. Zudem muss die Regierung ein Finanzkonzept vorlegen, um die nötigen Investitionen in Bildung, Gesundheit, Energiewende, Breitbandausbau und Infrastruktur nachhaltig zu sichern.

Juli Zeh, Publizistin

Beim Thema „Demokratie im digitalen Zeitalter“ stehen wir nach wie vor an derselben Stelle wie vor einem Jahr. Wir brauchen nicht nur eine bessere Kontrolle der Geheimdienste, sondern auch einen ethischen, politischen und legislativen Fahrplan, wie wir mit gesellschaftlichen Folgen der digitalen Revolution umgehen wollen.

Ulrich Schneider, Paritätischer Gesamtverband

Wir brauchen Hilfen für Langzeitarbeitslose und vor allem auch für benachteiligte Kinder in einkommensschwachen Familien, und wir müssen etwas tun gegen Altersarmut. Notwendig ist ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor, eine durchgreifende Reform des sogenannten Bildungs- und Teilhabepaketes

so wie die grundlegende Neuausrichtung der Altersgrundversicherung. Wir brauchen eine grundlegende Kurskorrektur in der Finanzpolitik.

Tobias Schmid, Verband privater Medien

Der private Rundfunk braucht einen diskriminierungsfreien Zugang zu Online-Plattformen. Wettbewerbs- und Kartellrecht müssen den aktuellen Entwicklungen angepasst werden. Die Refinanzierung privater Radio- und Fernsehsender muss möglich bleiben. Die aktuellen Überlegungen aus dem Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, die Werbeprobate und -einschränkungen für legale Produkte fordern, stellen hierauf einen direkten Angriff dar.

Michael Wedell, Metro Group

Eine stabile wirtschaftliche Lage und eine hohe Kaufkraft helfen, erfolgreich für Kunden zu handeln. Alles, was diesem Ziel dient, ist hilfreich und notwendig – wie zum Beispiel der Abbau der kalten Progression. Konkret werden wir über Strukturwandel, die Digitalisierung, Entsorgung und Verwertung oder Energieeffizienz sprechen. Von der großen Koalition erwarten wir, dass sie weiter denkt, über den berühmten Tellerrand hinaus und entsprechend handelt.

Margret Wintermantel, DAAD

Besonders am Herzen liegt uns die Situation der Studierenden und Wissenschaftler in Krisenregionen. Syrien läuft Gefahr, eine ganze Generation von Akademikern, von Fach- und Führungskräften zu verlieren. In Russland und der Ukraine ist es entscheidend, den akademischen Austausch aufrechtzuerhalten. Um mit

unseren Programmen schnell und flexibel handeln zu können, setzen wir auf die Unterstützung der Regierung.

Eric Schweitzer, DIHK

Das Ziel „mehr Investitionen in Deutschland“ muss im Zentrum der Regierungsarbeit stehen. Die Steuereinnahmen müssen daher zum einen in die öffentliche Infrastruktur fließen. Zum anderen brauchen wir mehr Spielraum für Investitionen der Unternehmen in neue Maschi-

nen und Anlagen. Ein Politikpaket müsste bestehen aus einer Unternehmenssichernden Erbschaftsteuer, der Wiedereinführung der degressiven Abschreibung auf Investitionen sowie einer schnelleren Bearbeitung von Steuerunterlagen durch die Finanzämter.

Michael Dieckmann, Allianz AG

Die Ankerbelung der Wirtschaft hat oberste Priorität. Dafür muss auch die Infrastruktur stimmen. Öffentliche Investitionen in die Infrastruktur wurden und werden aber durch den notwendigen Schuldenabbau der Staaten zurückgestellt. Private Investoren könnten helfen, diese Lücke zu schließen. Es wäre eine Win-Win-Situation, da Versicherungen und Pensionsfonds auf der Suche nach langfristigen und rentablen Investments für die Altersvorsorge ihrer Kunden sind.

Dabei darf die Regulierung Geldgeber nicht unangemessen bestrafen.

Andreas Barner, Stifterverband

Nach der Aufhebung des Kooperationsverbots erhoffe ich mir, dass Bund und Länder Klarheit über eine arbeitsteilige und nachhaltige Finanzierung unseres Hochschulsystems schaffen. Forschung und Lehre an den Universitäten brauchen vor allem eine bessere Grundfinanzierung. Die Wirtschaft sollte durch innovationsorientierte Steuermodelle dabei unterstützt werden, noch mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Ernst Fischer, Dehoga

Augen auf beim Mindestlohn! Sollte es von 2015 an Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt geben, sollte die Regierung das Projekt selbstkritisch auf den Prüfstand stellen. Bürokratieabbau! Es kann nicht sein, dass Gastronomen mehr mit dem Ausfüllen von Listen beschäftigt sind als mit ihrem Kerngeschäft. Chaosbeseitigung bei der Mehrwertsteuer. Wir kämpfen für sieben Prozent Mehrwertsteuer für die Gastronomie, so wie es in 15 von 28 EU-Staaten längst gemacht und gibt ist.

Wigan Salazar, MSI-Group

Mit der Digitalen Agenda packt die Regierung ein Zukunftsthema an. Das ist sehr erfreulich – auch wenn manche sagen, man sei spät dran. Noch wichtiger aber ist die Umsetzung. Ich wünsche mir, dass die Politik neue digitale Geschäftsmodelle nicht vorrangig als Bedrohung ansieht.

Frank Schöning, Bayer HealthCare

Wir blicken mit großer Hoffnung auf den beginnenden ressortübergreifenden Dialog unter Beteiligung von Wissenschaft und Arzneimittelherstellern mit der Regierung zur Stärkung des Pharma-Standorts: Ich wünsche mir eine Diskussion, die zu konkreten Verbesserungen für die Versorgung der Patienten mit innovativen Arzneimitteln führt.

Hildegard Müller, BDEW

Die Zeit drängt. Immer mehr Kraftwerke, die wir für die Versorgungssicherheit brauchen, werden unrentabel. Ohne rasche Klarheit über künftige Marktstrukturen werden die Versorgungssicherheit und so unser Industriestandort infrage gestellt. Daher sollte die Regierung schnell die gesetzlichen Grundlagen für einen dezentralen Leistungsmarkt schaffen.

Andreas Geiger, Rechtsanwalt

Weiter so. Vor allem mit den Grünen. Deren Verwandlung von der Umwelt- zur Verbotspartei, die alles und jedes regeln muss, bringt uns fantastisches Neugeschäft. Mein Dank an diese Förderer des Lobbyismus.

Stephan Articus, Städtetag

Der Städtetag sieht die Koalition bei drei Themen besonders gefordert: Die Kommunen brauchen eine Perspektive für weitere Entlastungen bei ihren hohen Sozialausgaben. Sie brauchen ein Sofort- und Notprogramm von Bund und Ländern für die an vielen Stellen notleidende Verkehrsinfrastruktur. Und sie brauchen kommunalfreundliche Entscheidungen bei der Reform der föderalen Finanzbeziehungen. Die Soforthilfe für die Kommunen von einer Milliarde Euro ab 2015 ist ein gutes Signal. Im nächsten Schritt muss es darum gehen, die zugesagte Entlastung um jährlich fünf Milliarden Euro mit dem Bundesbeitragsbesatz zügig auf den Weg zu bringen. Der gewaltige Sanierungsstau bei der Verkehrsinfrastruktur muss deshalb stärker angepackt werden – mit Maßnahmen auch für kommunale Straßen, Hauptverkehrsstraßen und ÖPNV-Anlagen.

Political Animal

Vom Wert der Sprecher

der Person das Amt noch kenntlich zu machen. Dann ging sie.

Zunächst zu Cornelia Yzer, der Wirtschaftssenatorin Berlins, dann zum neuen Bundesminister für Entwicklung, Gerd Müller. Dieser CSU-Mann kann sich über die Bayern nur freuen, ist er doch der Einzige aus der Riege, der gute Presse hat. Und das will etwas heißen. Denn weil FDP-Mann Dirk Niebel das Haus nach seinen Vorstellungen umgebaut hat, ist der Ausbau der Sympathien

entwicklungsfähig. Seit Diroll für das BMZ spricht, sagt das Ministerium Vernünftiges, und von unverünftig Begonnenem ist nicht mehr die Rede.

Wie „Engagement Global“, eine Servicegesellschaft des BMZ für Entwicklungsinitiativen, eingerichtet von Niebel, besetzt mit einer Parteiführung aus Baden-Württemberg, die einst eine Eventagentur geleitet hatte und Oberbürgermeisterin von Ettlingen war. In Expertenkreisen wird die Einrichtung wegen ihres Kontrollanspruchs („Engagement total“) ebenso kritisch gesehen wie die Funktion der Geschäftsführung von Bundesrechnungshof. Immerhin 100 600 Euro erhält die Geschäftsführerin. Die Experten, die in Stiftungen, traf sich sinnigerweise eben gerade an Dirolls früherer Wirkungsstätte: beim „Bürgerfest“ des Bundespräsidenten.

STEFHAN-ANDREAS DORSCHOFF

ANZEIGE

DER TAGESSPIEGEL

Gut möglich, dass Sie in unserer nächsten Ausgabe stehen. Mit einem Abo verpassen Sie nichts.

Abonnieren Sie das Leitmedium der Hauptstadt, jetzt mit Tagesspiegel Agenda. E-Mail: leserservice@tagesspiegel.de, Telefon: (030) 29021-29047